

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wöchentlich nachmittags um 4 Uhr. Preis pro Quartal 2 RM, frei Haus, bei Vorbestellung 1,80 RM. Das Blatt ist für den Kreis Wilsdruff, Radeburg, Voigtland, Vogtland, unter Vorbehalt der Rechte der Verlagsgesellschaft Wilsdruff u. Umgegend bestimmt. In anderen Bezirken des Reiches kann die Abnahme durch die Redaktion des Blattes nicht erfolgen. Die Verantwortung für die Redaktion des Blattes trägt der Verleger. Für die Richtigkeit der Angaben über den Inhalt des Blattes wird keine Haftung übernommen.



Verlagsdruckerei: Amt Wilsdruff 206. Preis pro Quartalsabonnent 2 RM, frei Haus, bei Vorbestellung 1,80 RM. Das Blatt ist für den Kreis Wilsdruff, Radeburg, Voigtland, Vogtland, unter Vorbehalt der Rechte der Verlagsgesellschaft Wilsdruff u. Umgegend bestimmt. In anderen Bezirken des Reiches kann die Abnahme durch die Redaktion des Blattes nicht erfolgen. Die Verantwortung für die Redaktion des Blattes trägt der Verleger. Für die Richtigkeit der Angaben über den Inhalt des Blattes wird keine Haftung übernommen.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen und des Stadtrats zu Wilsdruff behördlicherseits bestimme Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Rostitz sowie des Forstrentamts Tharandt.

Nr. 193 — 97. Jahrgang

Druckerschrift: „Tageblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Freitag, den 19. August 1933

Die neue deutsche Kriegsmarine

Wie Heer und Luftwaffe, so hat auch die Kriegsmarine seit der Wiederherstellung der deutschen Wehrmacht durch Adolf Hitler am 6. März 1933 wieder aufzubauen begonnen, was durch das Friedensdiktat von Versailles zerschlagen worden war. Deutschland kann auf eine starke Kriegsmarine nicht verzichten, denn heute mehr denn je hat die Flotte die drei Aufgaben zu erfüllen, die jeder Kriegsflotte eines Landes zugewiesen sind: Schutz der Heimat, Sicherung der lebenswichtigen Seeverbindungen und Vertretung im Ausland.

Was zum Wiederaufbau der deutschen Kriegsmarine geschehen ist, wird zum erstenmal in klarer Uebersicht aus der Feder eines der neuesten Hefen der Zeitschrift „Die Wehrmacht“, dem einleitenden Heft der Zeitschrift „Die Kriegsmarine“, Generaladmiral Raeder, vorangestellt, ist, dargestellt. In einem einleitenden Aufsatz skizziert der Chef des Stabes der Seekriegsleitung, Vizeadmiral Guse, die Stappen des Wiederaufbaus der deutschen Flotte nach dem Kriege. Der Vizeadmiral geht von den entscheidenden Bestimmungen des Versailler Diktates aus, das Deutschland nur eine kleine Flotte von wenigen veralteten Linien Schiffen, Kreuzern und Torpedobooten beließ und die Personalstärke auf 15.000 Mann festsetzte. Hatten die sogenannten Siegerstaaten die deutsche Kriegsflotte damit zerstören wollen, so konnten sie doch nicht den Geist vernichten, der in dieser Flotte weiterlebte. Allen Gewalttaten zum Trotz Wiederaufbau!

Als im Januar 1933 Adolf Hitler die Macht übernahm, war bereits eine zuverlässige Grundlage geschaffen, auf der die deutsche Flotte nach Sprengung der Fesseln von Versailles weiterbauen konnte. Und dieser Aufbau folgte der Erklärung der Wehrmacht des Reiches in der Kriegsmarine so gut wie im Heer und in der Luftwaffe. Unter Anerkennung des lebenswichtigen Interesses Englands am Schutz des britischen Reiches zur See schloß Adolf Hitler am 18. Juni 1933 das deutsch-englische Flottenabkommen, das die beiderseitigen Interessen der See anerkannte und ein Verhältnis zwischen beiden Staaten aufstellte. Dieser Vertrag war das Ende der Versailler Abwärtstendenzen und ebnete den Weg für das große Werk des neuen Flottenbaues. Ein zweites deutsch-englisches Flottenabkommen vom 17. Juli 1937 ergänzte die ersten Vereinbarungen.

Im Zuge des nunmehr gleichberechtigten Wiederaufbaues entstanden in Deutschland zwei Schiffschiffe von 26.000 T. Die „Gneisenau“ wurde am 21. Mai in Dienst gestellt, das Schlachtschiff „Scharnhorst“ wird in wenigen Monaten ebenfalls dienstbereit sein. Zwei weitere im Bau befindliche Schlachtschiffe sind 25.000 T. groß. In welchem Maße darüber hinaus noch Schlachtschiffe gebaut werden können, hängt von der auf Grund des Vertrages mit England verfügbaren Tonnage ab. Mit der Fertigstellung der beiden im Bau befindlichen Flugzeugträger von je 12.250 T. wird Deutschland zwei Einheiten besitzen, die von vornherein für ihre Bestimmungen geplant wurden.

In schweren Kreuzern, für die im vorigen Jahr allgemein eine Pausezeit bis 1942 vereinbart wurde, befinden sich drei im Bau, von denen „Blücher“ und „Admiral Hipper“ vom Stapel gelassen sind und ihrer Vollendung entgegengehen. Da der Bau veralteter Kreuzer auf Grund von Vereinbarungen bei allen Seemächten eingestuft ist, sind diese Neubauten die vorläufig letzten dieser Art.

An leichten Kreuzern sind zwei von ebenfalls 10.000 T. im Bau und drei weitere von 7.000 T. in der Entwurfsbearbeitung.

Mit der Schaffung eines Fernführertyps von 1625 T. verfügt auch Deutschland wieder über Fahrzeuge, die den Anforderungen an einen modernen Kreuzer gerecht werden. 16 Fernführer, die die Namen im Kriege gefallener Offiziere tragen, sind bereits zur Front getrieben oder werden in Kürze folgen. Sechs weitere Fahrzeuge sind im Bau und vier im Bauprogramm des laufenden Jahres vorgesehen.

Ganz neu mußte die U-Boot-Waffe wieder geschaffen werden. 24 Boote von 250 T. und 13 von 500 und etwa 700 T. befinden sich bereits an der Front. Durch den weiteren Bau von 31 U-Booten wird die durch den Vertrag mit England gesetzte Grenze nahezu ausgeschöpft werden.

An kleinen Torpedobooten von 600 T. sind 18 im Bau. Für die Küstengewässer hat die Technik durch die Entwicklung der modernen Motoren die Möglichkeit geschaffen, in den Schnellbooten einen neuen besonders wirksamen Torpedoträger zu bauen. Neben 13 fertigen Booten befinden sich zur Zeit elf im Bau. Für den schweren Dienst der Minensucher sind 24 M-Boote eines neuen und nach den Kriegserfahrungen verbesserten Typs in Auftrag gegeben. Ferner sind von den kleineren Räumboten 30 fertiggestellt und 10 im Bau. Der Auftrag erwählt weiter den Dienst auf den Schulschiffen der Kriegsmarine, um abschließend festzustellen, daß mit der Fertigstellung der im Bau befindlichen und weiterhin vorgesehenen Seekriegskräfte das Reich wieder eine neuzeitliche Marine besitzen werde, die ihre großen Aufgaben des Schutzes der Heimat, der Sicherung der lebenswichtigen Seeverbindungen und der Vertretung im Ausland erfüllen kann.

Unterredung Runciman—Henlein

Entscheidendes Stadium der Entwicklung — Prag hat das Wort

Klare Entscheidung!

Nachdem der Abgeordnete Rundi eine Erklärung der Sudeten-Deutschen Partei abgegeben hat, in der er mit unwiderlegbaren Beweisen die Nichtachtung des deutschen Rechtes durch die Prager Regierung nachgewiesen hat, ist es bemerkenswert, daß der englische Vermittler Lord Runciman am Mittwoch eine erste Unterredung mit dem Führer der Sudeten-Deutschen, Konrad Henlein, hatte. Runciman und Henlein trafen sich in Notenhauß, dem Besitz des Fürsten Max Egon Hohenlohe.

Die Entwicklung der Dinge in der Tschecho-Slowakei ist damit in ein entscheidendes Stadium getreten. So wie die deutsche Volksgruppe haben auch die anderen Volksgruppen ihre unumstößlichen Forderungen vorgelegt, und keine dieser Gruppen hat Prag darüber im unklaren gelassen, daß ihre Geduld nicht allzu weit auf die Probe gestellt werden darf. Prag hat also zu entscheiden.

Die Zusammenkunft Henlein—Runciman

Ueber die Zusammenkunft zwischen Konrad Henlein und Lord Runciman auf Schloß Notenhauß wurde von der Rauslei Lord Runcimans folgende Mitteilung ausgegeben:

„Heute, den 18. August, früh, fuhr Lord Runciman, begleitet von Lady Runciman und Mr. Peto und Mr. Ashton Swaitin nach Schloß Notenhauß bei Görlau, dem Sitz des Prinzen Max von Hohenlohe-Langenburg, wo er mit Konrad Henlein und den SDP-Abgeordneten Rant und Rundi zusammentraf. Es wird erwartet, daß Lord und Lady Runciman heute abend nach Prag zurückkehren werden, um an dem Diner in der britischen Gesandtschaft teilzunehmen.“

Schon Vorschläge Runcimans?

Wie verlautet, beschäftigt Lord Runciman, in absehbarer Zeit sowohl der Prager Regierung als auch der Sudeten-Deutschen Partei ein Memorandum zu unterbreiten, welches Vorschläge zur Lösung der tschecho-slowakischen Frage auf Grund seiner bisherigen Studien und Erfahrungen zum Gegenstand hat. Wenn das Memorandum, an dem bereits gearbeitet wird, fertiggestellt sein wird, steht noch nicht fest. Auch über den Inhalt ist nichts bekannt.

Beschwerden bei Lord Runciman

Vertreter der Prager Bevölkerung bei der Begleitung des Lords

Aus Notenhauß wird berichtet: Während Lord Runciman und Konrad Henlein in einer eingehenden Unterredung unter vier Augen die erste Sühnungsabgabe miteinander herstellten, erinnerte sich ein bemerkenswerter Zwischenfall. Im Schloßhof erschienen drei Vertreter der deutschen Bevölkerung in Brüx, um die englische Abordnung auf die schweren, von Tschechen verursachten Ausschreitungen hinzuweisen. Die Deutschen vermittelten die Bitte der Bevölkerung, es möge mit allen Mitteln dafür gesorgt werden, daß die Ruhe und die Sicherheit der deutschen Bevölkerung wiederhergestellt werde.

Die Sudeten-Deutschen wurden von den Begleitern Runcimans, Peto und Swaitin, empfangen und konnten den beiden Engländern aus dem unmittelbaren eigenen Erlebnis heraus eine sehr lebendige Darstellung der Lage der deutschen Bevölkerung in Brüx geben. Diese Darstellung der Augenzeugen und Mitbetroffenen machte auf die englischen Herren starken Eindruck.

Die Tür noch nicht zugeschlagen

Die Londoner und Pariser Presse legt der Erklärung des Abgeordneten Rundi große Bedeutung bei. Fast alle Blätter verzeichnen sie ziemlich ausführlich. Die englischen Zeitungen stellen fest, daß die Verhandlungen in ein kritisches Stadium eingetreten sind. Daß die Sudeten-Deutschen die Tür für weitere Verhandlungen nicht zugeschlagen haben, wird mit Verliebtheit vermerkt. Der Prager Korrespondent der „Times“ erklärt, die von Rundi vorgetragene Erklärung lege sich zwar mit den tschechischen Vorschlägen eingehend auseinander, sie sei aber nicht in offensiver Weise geklärt gewesen. „Daily Mail“ hebt die Bereitwilligkeit der Sudeten-Deutschen, die Verhandlungen fortzusetzen, hervor. Da die Sudeten-Deutschen betont hätten, daß ihre Geduld nicht endlos sei, werde ihre Verhandlungsbereitschaft überall mit Genugtuung verzeichnet werden. Die Zeitung glaubt nicht an eine rasche Ueberbrückung der großen Unterschiede zwischen den beiden Parteien. Doch sei ein Abkommen keineswegs unmöglich, vorausgesetzt, daß die Tschechen den guten Rat Englands und Frankreichs annehmen, bei ihren Zugeständnissen bis zur äußersten Grenze zu gehen.

Der konsequente Haltung der Sudeten-Deutschen wird in den Pariser Blättern immer noch so gut wie gar kein Verstandnis entgegengebracht, wohl, weil die Klärung Rundi's zu dem Zwischenschritt, der von gewisser Seite in Paris entwickelt wird, schlecht passen. Die Pariser Blätter sind sich der Schwierigkeiten jedoch bewußt, die sich einer wirklichen Regelung der sudeten-Deutschen Frage in den Weg stellen.

Die Erklärung, die der Abgeordnete Rundi in einer gemeinsamen Sitzung der Vertreter der Sudeten-Deutschen Partei mit der Prager-Regierung abgegeben, und in der er scharfe Abrechnung mit der Unterdrückungspolitik der Tschechen gehalten hat, hat Klarheit geschaffen. Es ist nicht deutsche Art, um die Dinge herumzureden. Allein scharfe Abgrenzung der sudeten-Deutschen Forderungen von den Prager Machenschaften geben die Möglichkeit zu echtem Verhandeln.

Die Sudeten-Deutschen verlangen als gleichberechtigter Partner behandelt zu werden. Das hat der Abgeordnete Rundi in seiner Erklärung zum Ausdruck bringen wollen, und er hat gleichzeitig nachgewiesen, daß Prag dieses Recht der deutschen Volksgruppe nicht anerkennen will. Was helfen alle Versprechungen, wenn die tschechische Regierung von vornherein jeden Wunsch des Verhandlungspartners rundweg ablehnt und ihn mit nur noch größerem Terror beantwortet. Die Tschechen werden, so sehr sie auch in der Welt dafür die Verantwortung rühnen, niemals das Märchen von dem tschechischen Nationalstaat aufrechterhalten können, denn eine Lüge kann, selbst wenn man noch so eifrig sie zu verfechten sucht, niemals Wahrheit werden. Auch mit der Diktatur kann Prag ein Unrecht nicht vertuschen. Und darüber wird man sich klar sein, daß die viel gelobte tschechische „Demokratie“ ein Gebilde ist, das auf tönerne Füßen steht und das sich auf Unwahrscheinlichkeit und Unerschlichkeit stützt. Der Abgeordnete Rundi hat das tschecho-slowakische Problem klar und eindeutig aufgezeigt und nochmals mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Lüge vom tschechischen Nationalstaat eine schwere Gefahr für den Frieden Europas bedeutet.

Die Erklärung des sudeten-Deutschtums war scharf und ohne Schonung. Sie bedeutet aber nicht, daß die Sudeten-Deutschen die Verhandlungen mit Prag als abgebrochen betrachten. Klärung der Lage war notwendig. Nun hat Prag das Wort. Die Tschechen werden sich nun nicht damit herausreden können, daß die sudeten-Deutschen Forderungen unklar und ungerechtfertigt sind. Die deutsche Volksgruppe will nichts als das ihr zustehende Recht innerhalb eines Nationalitätenstaates, und sie ist sich in dieser Forderung einig mit den anderen Volksgruppen, die in gleicher Weise von Prag unterdrückt und geknechtet werden.

Die Sachlage fordert klare Entscheidung. Verschleierung der Wahrheit oder Kompromisse würden nur den Keim zu neuen Schwierigkeiten legen. Das wird wohl auch Englands Vermittler, Lord Runciman, erkannt haben. Andernfalls würde seine Mission ergebnislos verlaufen müssen.

Tschechische Bürgeraktion

Resttreiben tschechischer Banken gegen deutsche Bauern

Mit welchen brutalen Mitteln die Tschechen und vor allem die verächtliche Tschechisierungsgesellschaft „Jednota“ vorgehen, um sudeten-Deutsche Bauern von Haus und Hof zu vertreiben und somit immer weiteres Gebiet in ihre Hände zu bekommen, beweist ein neuer Fall in der Gemeinde Kematic im Bezirk Klattau im Böhmer Wald. Gegen den deutschen Bauern Georg Rohbacher wird seit Wochen von den Tschechen ein förmliches Resttreiben veranstaltet, nur weil er Deutscher ist und sich mannhaft zu seinem Volkstum bekennet. Die Tschechen legen alles darauf an, ihn von Haus und Hof zu vertreiben. Die Sache begann damit, daß zwei tschechische Banken im Juni dem Rohbacher plötzlich ihre Hypotheken in Höhe von insgesamt nicht einmal 70.000 Tschechenkronen kündigten, obwohl sie durch den auf mindestens 200.000 Kronen geschätzten Wert des Grundstücks vollumfänglich gedeckt waren. Da Rohbacher nicht instand war, diesen Betrag zuzüglich einer recht erheblichen Zinssumme auf den Tisch des Hauses zu legen, wurde er unverzüglich verklagt. Das Gericht fällt ein Verurteilungsbescheid, und alsbald wurde von einer der tschechischen Sparkassen die Zwangsversteigerung des Hofes betrieben. Sogleich meldete sich auch die andere tschechische Bank und teilte dem Bauern mit, daß sie sich dem Zwangsversteigerungsverfahren anschließen werde, wenn Rohbacher nicht sofort seine Schuld einlöse. Bemerkenswert war die Erklärung des Rechtsvertreter der tschechischen Banken, der den deutschen Bauern mit folgenden Worten abfertigte: „Noch in diesem Monat müssen Sie von Kematic weg, dann wird Ruhe werden. Würden Sie sich aber umstellen und so für die Tschechen werden, wie Sie es für die SDP tun, dann wäre alles in Ordnung. Sie brauchen sich um nichts zu kümmern, und alles bleibt beim alten.“ (19)